



Welt für alle, die alte ideale Freiheit, die jedem Einzelnen gestattet, Mensch zu sein, sich zu entfalten und zu betätigen, eine Persönlichkeit zu sein. Diese Freiheit ist gleichbedeutend mit Gleichheit aller und darum sagt La Fontaine in seinem „Arbeiterprogramm“: „Dieser vierte Stand (die Arbeiterklasse), in dessen Herzhalten daher kein Keim einer neuen Verordnung mehr enthalten ist, ist eben deshalb gleichbedeutend mit dem ganzen Menschengeschlecht. Seine Sache ist daher in Wahrheit die Sache der gesamten Menschheit, seine Freiheit ist die Freiheit der Menschheit selbst, seine Herrschaft ist die Herrschaft aller.“

In den zahlreichen Feldpostbriefen, die unsere Presse veröffentlicht, erklären die sozialdemokratischen Briefschreiber in der Soldatenuniform so frei und rücksichtslos, als es die Zensur gestattet, was ihr Kampfziel ist. In einem in der „Fränk. Tagespost“ veröffentlichten Soldatenbriefe heißt es unter anderem: „Ueberaus schmerzlich empfinde ich es, daß unsere so stolze Internationale zusammengebrochen ist. Wohl weiß ich, daß nach diesem furchtbaren Ringen der Nationen, einem Vogel Phönix aus der Asche gleich, eine neue Internationale entstehen wird, entstehen muß. Die wirtschaftlichen Klassenverhältnisse, die Triebkräfte, die zur höchsten Entwicklung führen, werden sicherlich alle nationalen Gegensätze überwinden. Hoffen wir, daß dieser schreckliche Krieg in letzter Linie mit dazu beiträgt, uns unserem endgültigen Ziele näher zu bringen.“ Und an einer anderen Stelle des gleichen Briefes: „Mögen auch alle Parteigenossen dabei ihre Schuldigkeit doppelt tun, damit das, was die Arbeiterklasse in den langen Jahren aufgebaut hat, erhalten bleibt, und wenn uns ein göttliches Geschick nach dem Kriege wieder heimwärts führt, wir alle wieder freudig in die Reihen unserer Arbeitsbrüder eintreten können. Hoffen wir auch, daß nach dem Kriege dann der Arbeiterklasse mehr Recht und Berechtigung widerfährt, als vordem. Dies wünsche ich von Herzen.“

Es ist die alte ideale Freiheit, für die die Sozialdemokraten auf den Schlachtfeldern kämpfen, die sie ihrem Volke, dem Proletariat erringen wollen, dessen dieses nach dem Kriege endlich in vollem Maße teilhaftig werden soll.

Wir nehmen an, daß der französische, englische, der österreichische, ungarische und russische Sozialist, daß alle Sozialisten auf den Schlachtfeldern vom gleichen Geiste erfüllt sind.

Durchaus konsequent ist der russische Hentzer geblieben. Er hat die Wortfreiheit nicht in den Mund genommen oder niedergeschrieben und ebenso wenig seine gleichwertige Regierung. Dagegen haben sie getreu ihrer alten Unterbrüderpolitik die Verfolgungen der ihnen verhassten Arbeiterbewegung gleich mit dem Kriegsausbruch noch brutal verschärft und diese geradezu vernichtet. Der Zar sagte in einer am 1. August an den Generalfiskus, den Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch, an sämtliche Minister, sowie die Mitglieder der Duma und des Reichsrates gehaltenen Ansprache:

„In diesen bedeutungsvollen Tagen der Aufregung und der Unruhe, welche Rußland durchdringt, entbleibe ich euch meinen Gruß. Das Deutsche Reich und darauf auch Oesterreich-Ungarn haben Rußland den Krieg erklärt. Der ungeheure Aufschwung patriotischer Gefühle, der Liebe und Treue für den Thron, der wie ein Sturmwind durch unser ganzes Land ging, ist mir wie euch Würdigung. Ich hoffe, daß Großrußland den Krieg, den ihm der Herr geschickt hat, zu einem glücklichen Ende führen wird. Aus diesem einmütigen Sturm von Liebe und Eifer und selbst von Leben und Opfern schöpfe ich seine Kraft, um der Zukunft mit Ruhe und Festigkeit entgegenzusehen. Wir verteidigen nicht nur die Würde und Ehre unseres Landes, sondern wir kämpfen auch für unsere slawischen Brüder, unsere Volksgenossen und Blutsverwandten. In diesem Augenblicke sehe ich auch mit Freuden, wie die Einigung der Slawen mit Rußland stark und unausslöschlich sich vollzieht, und wird die Prüfung ertragen helfen, daß alle, bei mir selbst angefangen, ihre Pflicht tun werden. Der Gott des russischen Landes ist groß!“

Wollte nichts von Freiheit und darin liegt eigentlich die einzige Ehrlichkeit des blutigen Zarismus. Dagegen hat sich der Generalfiskus Nikolaus Nikolajewitsch nicht gehalten, den „lieben Juden“ und den „lieben Polen“ durch Proklamationen bekannt zu machen, daß er ihnen die „Freiheit“ und „nationale Selbstständigkeit“ bringen will. An diesem klumpen Volksbetrug hat wohl von den „lieben Juden“ und „Polen“ niemand geglaubt. In dem von den Russen besetzten Galizien hat übrigens die „russische Freiheit“ in Form der blöden und verwegentenden Orthodoxie, der Abschaffung jeder politischen und bürgerlichen Freiheit, Massenverhaftungen und Verhinderungen nach Sibirien usw. ihre Orgie gefeiert, jedoch sie die Galizier so gründlich kennen und „lieben“ gelernt haben, daß sie mit drennender Sehnsucht den Tag herbeimühen, an dem sie durch das alte Oesterreich von der „russischen Freiheit“ wieder erlöst werden.

Unter diesen Umständen hätte allerdings die von den Deutschen und österreichisch-ungarischen Heeresleitungen an die Juden in Polen in polnisch-jüdischem Dialekt gerichtete gemeinsame Proklamation, in der ihnen Recht und Freiheit, gleiche Bürgerrechte, „Freiheit von Glauben, Freiheit zu arbeiten“ usw. in alle Zweigen von atomistischen und kulturellen Leben in einer Welt! versprochen wurde, ungleich größere Bedeutung. Gegen russische Hentzerrgungen sind Galizier und Freischützen freilich ideale Freiheitsbrüder.

Es ist höchstinteressant, welches große Verständnis die Regierungen in ernstlichen Notlagen für die Freiheitsbedürfnisse und Freiheitsbestrebungen der Völker besitzen. Sie kennen diesen unaussprechlichen mächtigen Freiheitsdrang der Unterdrückten, den sie in Friedenszeiten in fast allen Ländern in allen möglichen Formen bekämpfen und unterdrücken und sie sind so sehr davon überzeugt, daß sie ihn

nicht zu vernichten vermöchten, daß sie selbst wieder eindringlich an das Zauberwort Freiheit appellieren und diese als Bundesgenossen anrufen, wenn die Not am höchsten ist.

Wie wird es nun nach dem Kriege sein? Man möchte annehmen, daß nach all dem Erlebten durch den Krieg alle Reaktion begraben und in den Ländern der Besiegten wie der Sieger endlich das Reich der Freiheit anbrechen werde, das Reich der Freiheit für die bisher Unterdrückten, denn für die bestehenden und herrschenden Klassen bestand es vor dem Kriege schon. Freiheit ist der einzige hohe Preis, mit dem die unermesslichen Opfer an Blut und Gut und an Familienglück dem lohnarbeitenden Volke vergütet werden können. Freiheit auf allen Gebieten zur freien Entfaltung und Entwicklung, Freiheit im Sinne der Gleichheit und Gleichberechtigung, Freiheit im Sinne der vollständigen Demokratie. Das ist der letzte Erlösungs- und Befreiungsschrei der auf den Schlachtfeldern verblutenden Arbeiter, der proletarischen Freiheitskämpfer! Ein junger Arbeitergenosse, Mitglied der freien Jugend Stuttgart, hat diesen Befreiungsschrei vom Schlachtfeld in folgendem Feldpostbrief an das lohnarbeitende Volk gerichtet:

„Ich habe unterwegs eine Auswahl von Goethes Werken gefunden, und so suche ich mich über manche Stunde so gut wie möglich hinwegzuhelfen. Wenn ich ringsumher das Bild der Zerstörung sehe, dann tut mir das Wort unseres Goethe so wohl. Dann lebt in mir die Jüwertsicht neu auf; trotz der großen Katastrophe, die über die Menschen hereingebrochen ist, wird es vorwärts und aufwärts gehen. Die Ströme von Blut, die jetzt fließen, werden den Abbruch der Barbarei in der Zivilisation bilden. Es ist der letzte Krieg. Ein anderer gewaltiger Kampf wird folgen und dem Sozialismus die Herrschaft verleihen. Aber kein Kampf mit dem „Rüftzeug der Barbaren“, sondern die Menschheit wird aufstehen und der Wille der Massen wird sich durchsetzen trotz alledem. Glücklich werden die Menschen sein, die den Sieg des Sozialismus erleben und erkämpfen können, die mit eigenen Augen schauen dürfen, was Goethe einst nur ahnte:

Solch ein Gewimmel möcht' ich sehn,  
Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn.

Und ist der Weltkrieg nicht ein Vorpiel für die Durchsetzung dieses Zieles? Wer möchte zweifeln? ...“

## Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1913

### III.

Die gesamten wirtschaftlichen Bewegungen brachten 1.117.059 Personen einen Erfolg. Für 1.014.674 Personen wurde eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erzielt und für 102.385 Personen Verschlechterungen völlig oder teilweise abgewehrt. Es erreichten 324.794 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 695.194 Stunden, 915.972 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 2.021.552 Mk. pro Woche und 424.819 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Der größte Teil der Erfolge entfällt auf die Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung. Durch diese wurde erzielt eine Arbeitszeitverkürzung für 283.335 Personen von zusammen 590.733 Stunden, für 772.293 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 1.686.387 Mk. pro Woche und für 353.470 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Ein Vergleich dieser Zahlen mit den im Jahre 1912 erreichten Erfolgen ergibt, daß 1913 die Zahl der Personen, die eine Arbeitszeitverkürzung erreichten, um 53.391 geringer ist als im Vorjahre und zusammen 144.957 Stunden pro Woche an Arbeitszeitverkürzung weniger erzielt wurden. Die auf jede Person entfallende durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung blieb jedoch gleich, sie beläuft sich auf 2/3 Stunden pro Woche. Die 1913 erreichten Lohnerhöhungen überstiegen dagegen weit die im Vorjahre erzielten Resultate. Die Zahl der Personen, die eine Lohnerhöhung erreichten, ist um 385.951 und die Gesamtsumme der Lohnerhöhung um 1.074.591 Mk. pro Woche höher als 1912. Der auf jede Person entfallende Durchschnittsbetrag betrug 1913 2,28 Mk. und 1912 1,79 Mk. pro Woche. Dieses bedeutend höhere Maß an erzielten Lohnerhöhung ist besonders der am Bau- und Gewerbe stattgefundenen Tarifbewegung zuzuschreiben.

Abgewehrt wurde 1913 für 4903 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 18.970 Stunden, für 25.883 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 43.950 Mk. pro Woche und für 14.894 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Trotz erfolgter Abwehr trat dagegen ein für 793 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 3208 Stunden, für 3629 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 10.109 Mk. pro Woche und für 2723 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

In 5403 Fällen (3599) kam es bei den Bewegungen zum Abschluß von Tarifverträgen für zusammen 725.521 Personen (351.548). Der gegen das Jahr 1912 im bedeutend höherem Maße erfolgte Abschluß von Tarifverträgen resultiert besonders aus den Tarifbewegungen der Verbände der Bauarbeiter, Maler und Zimmerer.

Das Kriegsjahr 1914 hat die sich bisher in normaler Weise vollziehende Entwicklung der wirtschaftlichen Kämpfe sich unterbrochen. Der Verteidigungskampf der gesamten deutschen Nation nach außen hat die Interessengegenstände zwischen Kapital und Arbeit im Innern zurücktreten lassen. In der Ausweitung dieser Interessengegenstände ist Waffenstillstand eingetreten. Wie sich in Zukunft die Entwicklung der Arbeiterorganisationen gestalten wird, läßt sich heute noch

nicht voraussehen. Möglicherweise, daß die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse eine objektivere Würdigung in bürgerlichen Kreisen finden und die Gewerkschaften künftig verschont bleiben von all den Kleinigkeiten, im politischen Geiste von den Behörden bisher in so reichem Maße ausgeübten Drangsalierungen.

Eins ist sicher. Solange wie die kapitalistische Produktionsform besteht, werden ihre inneren Gegensätze zu Kämpfen zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum führen. Nach der Beendigung des Krieges wird dieses Ringen aufs neue einsetzen. Wie bisher, so wird sich auch in den zukünftigen Kämpfen die Arbeiterklasse nur auf ihre eigene Kraft, die in dem machtvollen Ausbau ihrer Organisation beruht, stützen können. Es ist deshalb dringend notwendig, die Gewerkschaften über den Kriegszustand hinweg aktionsfähig zu erhalten und sie nach dem Kriege mit neuem Leben zu erfüllen.

## Gewerkschaftliches und Sozialpolitisches aus den Vereinigten Staaten von Amerika.

Nach einer jüngst veröffentlichten Statistik gehören dem amerikanischen Arbeiterbunde zu Ende des Verwaltungsjahres 1914 110 Zentralverbände und 570 selbständige Lokalvereine an; die letzteren hatten insgesamt bloß 27.194 Mitglieder, während die Gesamtzahl der vollständigsten Mitglieder aller dem Bunde angeschlossenen Organisationen 2020.071 betrug, oder um 24.667 mehr als 1913. Bis Mitte 1914 herrschten Mitgliederzunahmen vor, dann aber traten bei den meisten Verbänden Mitgliederverluste ein, was eine Folge der ungünstigen Beeinflussung der amerikanischen Volkswirtschaft durch den europäischen Krieg war. Unter den 110 Zentralverbänden, die dem amerikanischen Arbeiterbunde angehören, befinden sich zwei Riesenzweige, nämlich die Kohlen-Bergarbeiter mit 334.500 und die Zimmerer mit 212.800 Mitgliedern. Der nächstgrößte Verband, jener der Maschinbauarbeiter, folgt erst in weitem Abstand, denn er hat 75.400 Mitglieder. Die Mehrzahl der Verbände, nämlich 70, haben weniger als je 10.000 Mitglieder und hierunter befinden sich 18 Organisationen, deren Mitgliederzahl unter 1000 zurückbleibt. Die Gruppierung der Organisationen nach der Mitgliederzahl gestaltet sich wie folgt:

Verbände mit je	Zahl der Organisationen	Gesamtmitgl. Zahl der Gruppe
über 20000 Mitgliedern	2	212.800
50000 bis nicht ganz 80000 Mitgl.	11	666.500
20000 " " 50000	11	334.400
10000 " " 20000	16	234.200
1000 " " 10000	52	202.800
weniger als 1000 Mitgliedern	18	8.277
Insgesamt	110	1.998.474
Lokalvereine	570	27.194
Mitgliederzahl überhaupt		2.020.071

Der zum Arbeiterbund gehörige Schuhmacher-Verband „Boot and Shoe Workers' Union“ (57.246 Summer Street, Boston) nahm im Verwaltungsjahre 1914 von 34.300 Mitgliedern auf 38.100 Mitglieder zu. — Die vor einigen Jahren durch Abtrennung von diesem Verband entstandenen „United Shoe Workers of America“ gaben dem New-Yorker Arbeitsamt pro 31. Dez. 1913 rund 14.000 Mitglieder an. Dazu kommt ferner noch die „National Boot and Shoe Cutters' Assembly of the Knights of Labour“, ein aus Zusammenschluss bestehender Zweig der bekannten „Arbeitsritter“; die Mitgliederzahl dieser Organisation war nicht zu ermitteln.

Die 47 nicht zum Arbeiterbund gehöriger Verbände, deren Mitgliederzahl im Jahre 1913 festgestellt werden konnte, hatten zusammen 727.802 Mitglieder.

Von den amerikanischen Zentralverbänden haben bloß 80 eigene Verbandsorgane, und zwei davon die Buchdrucker und Frauenlebensmacher, geben je zwei Blätter heraus. Außerdem veröffentlicht der amerikanische Arbeiterbund das monatlich erscheinende Zentralorgan „American Federationist“ und die wöchentlich erscheinende Zeitschrift „News Letter“. Die Arbeitsritter geben das Monatsblatt „Journal of the Knights of Labor“ heraus.

Von den 82 Verbandsorganen erscheinen nur 9 wöchentlich, und zwar jene der Bäcker, der Brauer, der Maschinisten, der Herrenkonfektionsarbeiter, der Damenleideraufseher, der Eisen- und Stahlwerksarbeiter, der Grabergarbeiter, der Kohlenbergarbeiter und der Seelente. Halbmonatlich erscheint die „Deutsch-amerikanische Buchdrucker-Zeitung“.

Die „Boot and Shoe Workers' Union“, die größte der amerikanischen Schuhmacher-Organisationen, veröffentlicht ein Monatsblatt unter dem Titel „The Shoe Workers' Journal“. Jede Nummer ist gewöhnlich 32 Oktavseiten stark; bei besonderen Anlässen werden auch stärkere Bände ausgegeben. Der größte Teil des Textes ist in englischer Sprache geschrieben; daneben enthält das Blatt auch eine französische Abteilung, da viele Mitglieder des Verbandes französisch-Kanadier sind.

Im letzten Jahre wurde vom Bundesparlament ein Gesetz angenommen und vom Präsidenten Billingshanktioniert, welches das Vereinigungsrecht neu regelt und sich hauptsächlich gegen die als „Trusts“ bekannten wirtschaftlichen Verbindungen richtet. Durch Entscheidung des obersten Bundesgerichts wurde vor einigen



Sahnen das alte Anti-Trustgesetz vom 2. Juli 1890 auf Gewerkschaften anwendbar erklärt und damit deren Handlungsfreiheit sehr eingeschränkt. Das neue Anti-Trustgesetz von 1914 erklärt dagegen in § 6: „Die Arbeitskraft eines menschlichen Wesens ist keine Ware, noch ein Handelsartikel. Die Anti-Trustgesetze dürfen nicht dahin ausgelegt werden, um auf Grund derselben den Bestand und die Tätigkeit von Arbeiterorganisationen oder von Acker- und Gartenbauer-Organisationen zu verhindern, die zum Zwecke gegenseitiger Hilfe errichtet wurden, kein Aktienkapital besitzen und nicht um Gewinn tätig sind, noch dürfen einzelne Mitglieder solcher Organisationen gehindert werden, deren legitime Zwecke zu verfolgen; auch dürfen die Organisationen oder die Mitglieder der Organisationen nicht als gesetzwidrige Verbindungen oder Verschönerungen zur Behinderung von Handel und Gewerbe angesehen werden.“

Damit sind die Arbeiterorganisationen wieder von den Fesseln der Anti-Trustgesetzgebung befreit.

Andere Paragraphen desselben Gesetzes regeln die Ausgabe gerichtlicher Einhaltsbefehle (die vorhin vielfach benutzt wurden, um bei Arbeitskämpfen zugunsten der Unternehmer einzugreifen), sowie das Streikpostensystem. Das Gesetz spricht den Grundbesitz aus, daß in Verbindung mit Arbeitsfreistellungen vorgetommene Handlungen, die von mehreren Personen ausgeführt wurden, nicht als strafbar zu gelten haben, falls dieselben Handlungen bei Begehen durch eine einzelne Person nicht strafbar sind. Jegliche Zwangsanwendung bei Arbeitsfreistellungen bleibt nach wie vor ungesetlich.

Ein anderes wichtiges Gesetz, das beide Häuser des Bundesparlamentes der Vereinigten Staaten annehmen, verbietet die Einwanderung von Analphabeten. Ausgenommen sind während einer Ubergangszeit Analphabeten aus Belgien. Dieses Gesetz hat die Sanktion des Bundespräsidenten noch nicht erhalten. Sollte es Präsident Wilson vorkommen, so besteht Aussicht, daß im Senat wie im Abgeordnetenhaus die erforderliche Zweidrittelmehrheit aufgebracht wird, um Wilson's Einpruch gegen das Gesetz werden dieser Maßregel nichtig zu erklären. F.

## Aus unserem Beruf.

Keine Maximallöhne für die Militärlieferungen. Wir hatten nach Mitteilungen in der Presse berichtet, daß die Militärbehörde verfügt habe, daß den Militärkoffern nicht mehr als 20 Proz. über die vereinbarten Löhne gezahlt werden dürfe. Eine bezügliche Anfrage der Zeitung des Sattler- und Portefeullerverbandes ergab aber die Unrichtigkeit dieser Behauptung, insofern die Unternehmer die Löhne „unbeschränkt“ erhöhen können, was sie aber selbst nicht tun. Inwiefern sind die Unternehmer von der Militärbehörde insofern einer Beschränkung unterworfen worden, als ihnen verboten ist, selbst oder durch Beauftragte Arbeiter aus anderen Betrieben unter Verprechung höherer Löhne und Gewährung von Vergünstigungen und Prämien herauszuholen. Wer gegen dieses Verbot handelt, kann wegen unfaulteren Wettbewerbes bestraft und von den Kriegslieferungen ausgeschlossen werden. — Etwas wahres war also an der berichtigten Behauptung immerhin.

Ein Wunsch nach Entlassung einberufener Schuhmachermeister. Die „Schuh-, Leder- und Lederverb.“ (Mannheim) klagt über die schwere Schädigung der Meisterhaft durch die Einberufung und über die Zurücksetzung des Schuhmacherhandwerks bei Vergabung der Militärlieferungen. Schuh-

machermeister müssen in den Werkstätten der Bekleidungsämter arbeiten, während zu Hause ihre Geschäfte verfallen. Es sollte daher eine dringende Aufgabe der Handwerksvertretung sein, dem Handwerk Militärlieferungen zu vermitteln, um einen großen Teil der einberufenen Meister so rasch als möglich wieder nach Hause und in ihr Geschäft zu bringen, wo sie dann Militärschuhe machen könnten. Die Kriegsbegriffung scheint in den Meisterkreisen angesichts der Leiden des Krieges sehr geschwunden zu sein. Natürlich könnten auch andere Kreise mit der gleichen Berechtigung ihre Entlassung und Beschäftigung mit Militärarbeiten draußen im Zivilleben verlangen.

Schuhe für die Zivilbevölkerung. Auf die Eingabe des Verbandes der Schuh- und Schäftefabrikanten an das Reichsamt des Innern betreffend Maßnahmen zur Regelung der Ledererzeugung für den Bedarf der Zivilbevölkerung ist in entgegenkommendem Sinne geantwortet worden. Der genannte Verband wurde erlucht, Interessensverbände und Sachverständige zu nennen, die für eine derartige Besprechung in Betracht kommen können.

Konturfe in der Schuhindustrie. Der Schuhfabrikant Schurr in Herzogenaurach ist mit 99 779 Mk. Passiven und 67 943 Mk. Aktiven in Konturs geraten, wobei der Krieg mit achtwöchigem Betriebsstillstand, Teuerung, Verzögerung, Verluste usw. die Hauptursache des Zusammenbruchs bildet. — Im Jahre 1913 sind in der Schuhindustrie insgesamt 362 (1912: 399, 1911: 393) Konturfe vorgekommen, wovon 70 (82 und 63) wegen Mangel an Aktiven gar nicht eröffnet und 292 (317 und 330) durchgeführt wurden. Der Schuhhandel hatte 226 (251 und 229) Konturfe zu verzeichnen, wovon 43 (38 und 26) nicht eröffnet und 183 (213 und 203) durchgeführt wurden. In 21 Konturfen der Schuhindustrie erhielten die Gläubiger gar nichts, in 112 bis zu 20 Proz., in 98 über 20 bis 40 Proz., in 34 über 40 bis 60 Proz., in 7 über 60 bis 80 Proz., in je 1 über 80 bis 100 Proz. und 100 Proz. ihrer Guthaben. Bei den Schuhhändlern gingen die Gläubiger in 21 Konturfen leer aus, in 107 erhielten sie bis 20 Proz., in 77 über 20 bis 40 Proz., in 19 über 40 bis 60 Proz., in 4 über 60 bis 80 Proz. und in 3 Fällen 100 Proz. ihrer Guthaben. Die Gesamtzahl der Konturfe belief sich 1913 auf 12 756 gegen 12 094 in 1912. Und angesichts solchen Massensterbens von Unternehmern machen die Gegner oft das größte Gefasel davon, wenn auch einmal ein von vornherein ungenügend finanziertes Arbeiterunternehmen verkracht.

„Werte Genossen!“ Nun ist die in der modernen Arbeiterbewegung übliche Ansprache „Werte Genossen“ auch von Unternehmern, nämlich von Schuhmachermeistern, akzeptiert worden. Wir lesen in Nr. 1 des Berliner „Schuhmachermeister“ im Berichte über die außerordentliche Generalversammlung der Schuhmacher-Rohstoffgenossenschaft in Halle a. S., daß die Genossen Geilte, Sella und Fabig reden und dieser speziell seine Berichterstattung über das verfloffene Geschäftsjahr mit der Anrede: „Werte Genossen“ begann. Es wurde auch mitgeteilt, daß 14 Genossen für das Vaterland kämpften. — Es ist natürlich ganz logisch, die Mitglieder einer Genossenschaft als Genossen zu bezeichnen, aber es ist ebenso logisch, Personen mit gleicher sozialer und politischer Gesinnung und Mitglieder der gleichen wirtschaftlichen oder politischen Organisation als Genossen, Gesinnungs- und Parteigenossen zu bezeichnen. Wer wollte etwas dagegen haben, wenn die konservative „Kreuzzeitung“ den konservativen Parteiführer Seydebrandt als ihren „Genossen“ bezeichnen würde? Niemand, und weil denn so ist, sollte man im anderen Lager auch aufhören, von dem so-

zialdemokratischen Genossen nur mit Spott und Hoß zu reden. Die selbst „Genossen“ gewordenen Schuhmachermeister werden es gewiß nicht mehr tun, sie würden sich ja sonst selbst beschämen.

Ueber die gleichmäßige Arbeitsverteilung im Fabrikbetrieb bringt die „Leipz. Schuh- und Leder-Ztg.“ einen Artikel, der eine Handvoll Selbstverständlichkeiten enthält, aber dennoch selbstamerweise den Vermerk: „Nachdruck verboten“ trägt. Der Artikel befürwortet, was für jeden geordneten Betrieb wiederum eine Sache der Selbstverständlichkeit sein sollte, das Vermeiden von Warten auf Arbeit und zwar gleichermäßen im Interesse des Unternehmers wie des Arbeiters. Es ist Aufgabe der Betriebsorganisation, nutzlose Verschwendung kostbarer Zeit zu vermeiden und dadurch alle Beteiligten vor Schäden und Unzufriedenheit zu bewahren. Im „Fachsblatt“ ist über dieses wichtige, aber leider noch immer nicht erzielte Kapital schon manches kritische und gutgemeinte Wort gesagt worden.

Ueber ungarische Militärschuhlieferungen wird berichtet: Die ungarische Heeresverwaltung bestellte laut Mag. Bdr. etwa 100 000 Pa. Spaltbalancen in vorchriftsmäßiger Ausführung zu 17—18 1/2 Kr. und für die Kriegesgefangenen-Kolonien etwa 30 000 Paar zu 15—15 Kr. per Paar. — Das Kriegsministerium bestellte bei einem Konfitorium in Karanjesbes 100 000 Paar Garnituren Spanen, (1 Paar Spanente, 1 Paar Fußklappen, 1 Paar Bänderriemen, 180 Zentimeter lang, und 1 Paar Gamaschen aus Flanellstoff oder Leder) zum Preise von 50 Kronen per Garnitur. — Das ungar. Handelsministerium vergab im Auftrage des Kriegsministeriums an das Kleingewerbe die Lieferung von etwa 60 bis 80 000 Paar Militärschuhe, für welche die Erzeuger von den beschlagnahmten Quantitäten Rubler zu Kr. 8,50—9,50, Coupons zu Kr. 6,40—6,80, Bonds zu Kr. 4,80—5,40, Ripsseiten zu Kr. 4,60—4,90, als den Original-Septemberepreisen, ausgefolgt bekamen. Die beschlagnahmten Vorräte sollen noch für etwa 100 000 Paar genügen, wogegen weit über das doppelte Quantum an Stiefeln und Schuhen zur Lieferung ausgeschrieben war.

Von 8 Millionen Paaren Militärschuhe berichtet ein Londoner Blatt, das sich wahrscheinlich die vollumgängigen 20 Kriegsjahre des Kriegsministers Ritchner etwas gar zu leicht zum Vorbild genommen hat. Die Einzelrechnung lautet: 1 800 000 Paar nicht reglementmäßige Stiefel für die Rekruten, mehrere 100 000 Paar für die Marine, 2 1/2 Millionen Paare Hochlandstiefel, dann noch einmal 1/2 Million Paar für die Marine, weiter 1 357 000 Paar Kamwaschuhe und endlich 2 200 000 Paar für die französische Heeresverwaltung. Die kanadischen Schuhfabrikanten haben sich zur Lieferung von 1 Million Paar Militärschuhe innerhalb 2 Monaten, natürlich zu guten Preisen, erboten und endlich soll die amerikanische Schuhfabrik Mc. Eminor u. Cie. in Manchester (Ver. Staaten) Aufträge von 2 Millionen Paaren für die Armeen des Dreiverbandes haben. Sind diese Angaben wahr, so müssen die armen Soldaten wenigstens nicht barfüßig laufen oder in den Schützengraben die Füße erfrieren.

Zum Mangel an ordentlichen Militärschuhen bei den Franzosen wird berichtet: Auf einen neuen Einfall sind die Franzosen gekommen, um ihrer sprichwörtlich gewordenen Stiefelnot abzuhelfen. Wie nach Zweibrücken gelangte Briefe kriegsgefangener deutscher Soldaten besagen, gehen die Franzosen dazu über, diese Gefangenen ihrer tabellösen Militärschuhe zu berauben, um jedenfalls die eigenen Truppen damit zu versehen. Die Gefangenen erhalten dafür roh angefertigte Holzschuhe, die in vielen Gegenden Frankreichs die ausschließliche Fußbekleidung der Bevölkerung bilden.

## Eine urwüchsige Mahnung an die Zurückgebliebenen

richtet ein organisierter Bauarbeiter brieflich an seine nicht im Kriegselbe stehenden Berufsgenossen. Der Brief, veröffentlicht im „Grundstein“, enthält so manche treffliche Bemerkung, daß wir ihn zur Beherzigung zum Abdruck bringen. Er lautet: „Das ganze Wirtschaftselbe wird unterbunden, Not und Elend werden Einzug halten bei so mancher Familie unserer eingerückten Kollegen. Und trotz dieser noch so schweren Last geht unser eingerückter Kollege aufrecht und unerschrocken seinem ungewissen Schicksal entgegen in der Hoffnung, die Reaktion auf den russischen Schlachtfeldern niederzurufen. Hoffnungsvoll trägt er die schwere Last, vertrauensvoll tröstet er beim Einrücken seine verzweifelte Frau und seine weinenden Kinder, daß es ja wieder besser werde, besser werden müsse, daß ja das blutige Ringen vorübergehe und daß seine zurückgebliebenen Kollegen, die, wenn sie noch Arbeit haben, gar keine Opfer zu bringen haben, sich ihrer gewiß annehmen, hilfreich zur Seite stehen werden. Aber nicht bloß hilfreich zur Seite stehen, sondern auch dafür sorgen werden, daß der einzige Hort, in dem die Interessen der Bauarbeiter geschützt werden, die Organisation, nicht bloß aufrecht, sondern auch schlagfertig erhalten werden, damit, wenn der Eingedrückt wieder aus dem Feldzug zurückkommt und in den bürgerlichen Beruf wieder eintritt, er Lohn- und Arbeitsverhältnisse wieder antrifft, mit denen er seine schwergeprüfte Familie entsprechend ernähren kann. — Mit dieser Hoffnung und Zuversicht sind unsere Kollegen ins Feld gezogen; vertrauensvoll auf die Zurückgebliebenen, ertragen sie ohne Kurven ihr Los. Und was sehen und hören wir? Kaum daß unsere Braven die Kasernen bezogen haben, jammern schon die Zurückgebliebenen, jammern, daß es schlecht werde, daß sie die Beiträge nicht mehr zahlen können! Ja, die ganz Wüden glauben gar, der Verband habe nun aufgehört, zu bestehen. Ist das nicht eine Schande sondergleichen?

Ist das nicht eine Feigheit, vor der sich ein kleiner Schulbus schämen würde? Haben solche Kollegen überhaupt ein Menschheitsgefühl, ein Herz in ihrer Brust? Gerade jetzt, wo wir unsere Solidarität zeigen sollen und müssen, da erklären solche schamlose Kollegen, sie zahlen nichts mehr ein! Ja, Kollegen, ich sage, es ist eine Schande für die ganzen Bauarbeiter, daß es Kollegen gibt, die glauben, nun Beiträge nicht mehr zahlen zu brauchen; es sind große Feiglinge, die in so schweren Zeiten ihrer Organisation den Rücken kehren. Beachtung werden sie ernten.“

## Arbeitslöhne vor 500 Jahren.

Es ist interessant, einen vergleichenden Blick zurückzuwerfen auf die Lohnverhältnisse des Mittelalters, wie dies Joseph Aug. Aug in seinem unlängst erschienenen Buche „Volkswirtschaft des Talents“ (Leipzig, R. Voigtländer) tut, um den allgemeinen Kulturzustand jener Zeit und der Gegenwart einander gegenüberzustellen. Er tritt in seinem Buche dafür ein, in einer von Grund auf neu aufgebauten Volkswirtschaftslehre die schöpferische Kraft des Menschen als einzige Wertquelle und einzigen Wertmesser zum Mittelpunkt alles wirtschaftlichen Denkens zu erheben. Er tritt der Anschauung entgegen, die in der Kunst etwas Entbehrliches, Unnützes sieht, das nicht in Betracht komme, wenn von nützlicher Arbeit die Rede ist; nur zum größten Schaden der Menschheit sei die heutige Trennung der Kunst von dem Erwerbseben erfolgt und die Angelegenheit einer besonderen Klasse geworden. Im Mittelalter dagegen, wo die Zusammenarbeit vieler Menschen die vorbildende Kraft ihrer Talente befruchtete, haben die 10 000 oder 20 000 Einwohner einer der berühmten Städte einen Reichtum an Werten hervorgebracht, der heute noch unsere Bewunderung erregt. Diese Tatsache spiegelt sich auch in den hohen Arbeitslöhnen, die allgemein bezahlt wurden. Um das Jahr

1400 erhielt ein gewöhnlicher Tagelöhner 608 Groschen Wochenlohn. Nach dem damaligen Geldwert kostete ein Schaf 4 Groschen, ein Paar Schuhe 2 Groschen; der Wochenlohn entsprach daher einem heutigen Geldwert von 30 Mark. Für die Lohnbezüge der damaligen Handwerksgehilfen setzte z. B. die sächsische Landesordnung fest: „Für einen Handarbeiter mit Kost wöchentlich 9 neue Groschen, ohne Kost 16 Groschen. Den Werkleuten sollten zu ihrem Mittag- und Abendmahl nur vier Essen, an einem Fleischtage eine Suppe, zwei Fleisch und ein Gemüse; auf einen Freitag und einen anderen Tag, da man nicht Fleisch isst, eine Suppe, ein Essen grüne und harte Fische, zwei Zugemüse; so man fasten müsse fünf Essen, eine Suppe, zweierlei Fisch und zwei Zugemüse, und hierüber 18 Groschen; den gemeinen Werkleuten aber 14 Groschen wöchentlich Lohn gegeben werden; so aber dieselben Werkleute bei eigener Kost arbeiten, so sollte man dem „Polierer“ über 27 Groschen und dem gemeinen Maurer usw. über 23 Groschen nicht geben.“ Da außer den streng geheiligten Sonn- und Feiertagen auch der Montag als sogenannter „blauer Montag“ von den Gejellen als freier Tag zur Beforgung ihrer eigenen Angelegenheiten beanprucht wurde, so ergab sich pro Woche eine bloß vierstägige Arbeitszeit, die auch an diesen Tagen geregelt war. Zur weiteren Beurteilung der Lohnhöhe mag der Preiswert eines ganzen Scheffels Korn dienen, der nur 6 Groschen, 4 Pennig kostete. Güte und Preis der Lebensmittel standen unter Standaufficht. Gewicht, Preis, Qualität waren, bei sonstiger strenger Strafe, genau vorgeschrieben. Besonders Gewicht legten die Genossenschaften auf Qualität der Erzeugnisse in Material und Ausführung. „Den Meßern, die unehrlich in Handel und Arbeit waren, wurde das Recht des Handwerksbetriebes genommen und die Ware selbst verbrannt.“ So lebte die arbeitende Menschheit in der Stätten des gotischen Mittelalters durchaus auf der Kulturhöhe ihrer Zeit.

